



Der niederländische Außenminister Wopke Hoekstra.

REUTERS/
PIROSCHKA VAN
DE WOUW

EU

Niederlande nominieren Außenminister als Kommissar

Der niederländische Außenminister Wopke Hoekstra soll EU-Kommissar werden und damit Frans Timmermans nachfolgen. Die niederländische Regierung nominierte den Christdemokraten offiziell am Freitag. Die Regierung rechnet damit, dass der 47 Jahre alte Hoekstra ebenfalls das Klima-Ressort übernehmen wird. Entschieden ist das aber noch nicht. Die EU-Kommission muss der Nominierung noch zustimmen. Hoekstra war seit 2022 Außenminister und Vizepremier und zuvor Finanzminister. Wer ihm als Außenminister folgt, ist noch nicht entschieden.

MEINUNGSFREIHEIT

Dänemark plant Haftstrafen für Koranverbrennungen

Dänemark will eine Verbrennung des Korans oder anderer heiliger Schriften mit bis zu zwei Jahren Haft bestrafen. Die öffentliche Verbrennung des Korans, der Bibel oder der Tora sei künftig eine Straftat, sagte Justizminister Peter Hummelgaard am Freitag in Kopenhagen. Damit reagiert die Regierung auf scharfe Proteste in muslimischen Staaten in den vergangenen Monaten, die auch zu Problemen in der bilateralen Zusammenarbeit führten. Bisher ist die Meinungsfreiheit in Dänemark so weit gefasst, dass die Handlungen keine juristischen Konsequenzen hatten.

BUNDESHEER

Tanner will weitere Staffel „Black Hawk“ beschaffen

Aktuell umfasst die „Black Hawk“-Flotte des Bundesheeres neun Maschinen. Drei zusätzliche S-70 „Black Hawk“ sind bereits vom Ministerium geordert und sollen im kommenden Jahr in Österreich landen. Laut Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) ist nun fix, dass eine weitere Staffel zu zwölf Stück beschafft werden soll, wie sie im APA-Interview betonte.



Seit gestern ist das „Gesetz über digitale Dienste“, der „Digital Service Act“ (DSA), in Kraft. Das EU-Gesetz soll im Internet klarere Regeln schaffen, die Nutzerinnen und Nutzer schützen.

Hannes Stummer von der Datenschutzplattform „epicenterworks“ sieht in den neuen Bestimmungen vor allem zwei tragende Säulen. „Was man bei Amazon, Zalando oder Facebook angezeigt bekommt, beruht auf sehr genauen Analysen des individuellen Nutzungsverhaltens. Den Tech-Giganten wird nun erschwert, diese Daten zu erheben. Andererseits wird es erleichtert, Hassreden und verbotene Inhalte zu melden.“

Zwar verfügen Youtube und Co jetzt schon über Moderatoren, doch ist die Abarbeitung teils schleppend und oftmals nicht zufriedenstellend. Teams rund um den Globus klicken sich täglich durch Millionen verstörender Inhalte – keine leichte Arbeit, die sogar Folgen für die mentale Gesundheit haben kann. Oft fehlt es aber auch an sprachlichen und kulturellen Kompetenzen, um Hassnachrichten als solche zu entlarven.

Daher werden nun zusätzlich in allen EU-Ländern Stellen bei den Kommunikationsbehörden geschaffen, die Beschwerden

nachgehen können. Florian Tursky (ÖVP), Staatssekretär für Digitalisierung, begrüßte die Neuerung: „Ein bedeutender Schritt, bei dem es auch um die Rechte der Nutzer in Bezug auf Datenschutz geht.“ Verfassungsministerin Karoline Edtstadler (ÖVP) sagte, Österreich sei mit dem Kommunikationsplattformengesetz bereits vorangegangen, der Hass im Netz müsse Konsequenzen haben.

Kritik kommt unterdessen aus rechten Kreisen, die in der Unterbindung von Hass, Hetze und Desinformation „Zensur“ wittern. Doch auch Datenschützer mahnen ein, dass „Löschanordnungen aus illiberalen Mitgliedsstaaten“ Inhalte EU-weit verschwinden lassen können.

Die wichtigsten Fragen und Antworten:

1 Um welche Dienste geht es überhaupt?

ANTWORT: In der ersten Welle hat die EU-Kommission 19 globale Plattformen ausgemacht, die mehr als 45 Millionen aktive Nutzer im Monat haben. Dazu gehören X (früher Twitter), Facebook, Instagram, TikTok und mehrere Google-Dienste, aber auch Zalando, Wikipedia, Booking.com, der Amazon-Marketplace und der App Store von Apple. Ein Sonderfall ist



Ein neues EU-Gesetz bringt mehr Rechte für die Nutzer von Onlinediensten und nimmt die Anbieter in die Verantwortung

ADOBE STOCK, AP

EU nimmt die Internetriesen an die Kandare

FRAGE & ANTWORT. Falschinformationen, Hass, Terrorpropaganda oder gefälschte Waren: Ein neues EU-Gesetz zwingt die Onlinerriesen in die Verantwortung.

Von Moritz Groß und Andreas Lieb (Brüssel)

Wikipedia, noch nicht dabei ist z.B. Telegram. Der Markt wird beobachtet, neue Dienste können dazukommen. Ab Februar soll das Gesetz auch auf kleinere Anbieter ausgeweitet werden.

2 Was heißt das nun in der Praxis?

ANTWORT: Illegale, hetzerische oder kriminelle Inhalte können einfacher gemeldet werden und müssen schneller entfernt werden als bisher. Das gilt etwa für Hasstexte, aber auch z.B. für Anbieter gefälschter Waren oder gefährlicher Spielzeuge. Gleichzeitig müssen Geschäfts-

bedingungen so formuliert sein, dass „jedes Kind sie versteht“, so ein EU-Beamter.

3 Was kommt auf die Plattformen zu?

ANTWORT: Sehr viel. Sie müssen nicht nur viel schneller reagieren, sondern mehr Verantwortung übernehmen, ob etwa ein Risiko für Kunden mit ihren Angeboten verbunden ist. Snapchat oder Youtube müssen also zum Beispiel prüfen, ob ihr Angebot Cybergewalt fördert, die Meinungsfreiheit untergräbt oder sich ihr Algorithmus negativ auf die menschliche Psyche auswirkt.

4 Gilt das auch für Werbeeinschaltungen?

ANTWORT: Ja. Personenbezogene Daten von Kindern und Jugendlichen dürfen zu Werbezwecken nicht mehr gesammelt werden. Gezielte Anzeigen sind verboten, wenn sie auf sensiblen Daten wie der Religion oder politischen Überzeugungen basieren.

5 Bekommen die Nutzer mehr Rechte?

ANTWORT: Auch das ist der Fall. Plattformen müssen künftig mehr Informationen über ihre Arbeitsweise preisgeben. Als Nutzer kann man etwa fragen, warum man welche Werbung bekommt. Einige Konzerne wie Meta (Facebook, Instagram) haben schon Hunderte Mitarbeiter dafür neu eingesetzt, Google und TikTok ändern Algorithmen bzw. erhöhen Transparenz und Datenzugang. Andere, wie Zalando oder Amazon, haben hingegen Klagen eingereicht.

6 Und was sind die Strafmöglichkeiten?

ANTWORT: Wer das Gesetz bricht, kann im ärgsten Fall mit Strafzahlungen von ein bis sechs Prozent des globalen Jahresumsatzes bestraft werden.

REAKTION

„Wir arbeiten hart daran“

X-Chef Elon Musk sichert rasche Umsetzung zu.

Die Online-Plattform X (vormals Twitter) gehört zu jenen Portalen, auf die die neuen Gesetze abzielen. Nach mehreren Treffen mit



Muss sich an die EU-Regeln halten: Musk AP

Industriekommissar Thierry Breton schrieb X-Chef Elon Musk gestern: „Wir arbeiten hart daran.“ Breton hatte davor „rigorose Kontrollen“ angekündigt. Der gestrige Tag markierte

einen wichtigen Wendepunkt. Ein Sprecher der EU-Kommission sagte, es habe mehrere „Stresstests“ gegeben, etwa bei Meta und TikTok: „Wir waren auch bei Twitter in San Francisco und haben mit Elon Musk und der neuen Chefin Linda Yaccarino mehrere Stunden lang alles durchgespielt“, heißt es.